

Argentinien im Wahljahr 2011

2011 ist ein Jahr der Wahlen in Argentinien – auf lokaler, Provinz- und nationaler Ebene. Seit März findet ein wahrer Wahlmarathon statt. In nur zwei der 23 argentinischen Provinzen wird kein neuer Gouverneur gewählt. Das Wahljahr erreicht seinen Höhepunkt mit den Präsidentschafts- und Kongresswahlen (Hälfte der Abgeordneten, ein Drittel der Senatsmitglieder) am 23. Oktober 2011. Sollte das neue Wahlgesetz zur Anwendung kommen, werden im August verpflichtende Vorwahlen zur Bestimmung der Präsidentschaftskandidaten in den verschiedenen politischen Strömungen abgehalten.

Nur noch bis Juni bleibt möglichen Bewerbern Zeit, sich zu ihrer Präsidentschaftskandidatur zu bekennen. Dennoch ist das Wahltableau weiterhin offen. Selbst die amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat ihren Hut bisher nicht offiziell in den Ring geworfen.

Das Regierungslager – „Oficialismo“

Nach den argentinischen Kongresswahlen im Juli 2009, bei denen die Wahlplattform der Präsidentin, Frente para la Victoria, eine deutliche Niederlage erlitten hatte, hielt eine Vielzahl von Beobachtern das Ende der Regierung Kirchner für nahe bevorstehend. Auch angesichts einer wenig durchschlagskräftigen Opposition gelang es der Regierung in den Folgemonaten, sich von dem heftigen Rückschlag zu erholen. Doch ließen die Umfragewerte bis zum September 2010 einen erneuten Wahlerfolg Cristinas oder ihres Ehemanns und Vorgängers im Amt des Präsidenten, Néstor Kirchner, wenig wahrscheinlich erscheinen.

Der Tod Néstor Kirchners am 27. Oktober 2010 veränderte die politische Lage voll-

ständig. Über Nacht fehlte die eigentliche zentrale Gestalt der argentinischen Politik. Doch führte das – mit Sicht auf den Rückhalt in der Bevölkerung – nicht zu einer Schwächung der Regierung. Eher traf das Gegenteil zu. Die tagelang vom Fernsehen übertragenen Trauerfeierlichkeiten und das bewegende Bild der trauernden Witwe ließen die Umfragewerte zugunsten der Präsidentin rapide ansteigen. Getragen von dieser enormen Sympathiewelle könnte es nun doch wieder gelingen, noch einmal in die „Casa rosada“ einzuziehen.

Fraglich erschien einigen Beobachtern allerdings, ob die Präsidentin den inneren Willen und die Steuerungsfähigkeit besitze, die erheblichen Alltagsschwierigkeiten des machtpolitischen Geschäfts – vor allem die Befriedigung der zahlreichen Gruppeninteressen – ohne die Unterstützung ihres Mannes zu bewältigen. Bis heute halten sich Gerüchte, dass die Präsidentin, wohl nicht zuletzt auf Betreiben ihrer Kinder, versucht sein könnte, einen ehrenvollen Abschied von der Politik zu nehmen.

Insgesamt betrachtet, spricht inzwischen jedoch sehr viel mehr dafür, dass sich die Präsidentin zur erneuten Kandidatur entschließen wird: ihre günstigen Erfolgsaussichten, die auf ihre Person zugeschnittenen wahlkampfähnlichen Auftritte, die gefühlte Verpflichtung gegenüber ihren jungen und fanatischen Parteigängern der sogenannten „Cámpora“ und die Treue zum Lebenswerk ihres Mannes, die sich seit einiger Zeit nicht zuletzt in einem umfangreich betriebenen Erinnerungskult äußert. Hinzu kommt der erhebliche Druck aus ihrer unmittelbaren politischen Umgebung, deren Überleben an der Seite der Macht auf dem Spiel steht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

DR. BERND LÖHMANN

20. April 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Geschickt hat die beeindruckend gut funktionierende Kommunikationsmaschinerie des Regierungslagers vor Wochen eine Diskussion zum Thema „Cristina eterna“ (Cristina für immer) losgetreten, in der es um die Frage geht, ob eine Verfassungsänderung zur Ermöglichung einer dritten Kandidatur der Präsidentin angestrebt werden solle. Viele haben zunächst nicht bemerkt, dass mit einer solchen Debatte die bevorstehenden Wahlen im Oktober zu einer reinen Formsache erklärt werden. Punktgenau traf die Diskussion auf ein gesellschaftliches Klima, in dem man sich – mehr aus dem Mangel an glaubhaften Alternativen, denn aus Überzeugung – zunehmend auf eine weitere Amtszeit von Cristina Fernández einzustellen scheint.

Ausgehend von gegenwärtigen Umfragewerten fehlt zu einem erneuten Wahlerfolg nicht viel. Die Demoskopien sehen die Präsidentin momentan bei 40 bis 43 Prozent. Um im ersten Wahlgang zu gewinnen, müsste sie auf 45 Prozent kommen. Unter der Voraussetzung, dass der Abstand zum Zweitplatzierten wenigstens 10 Prozent betragen würde, würden aber auch 40 Prozent ausreichen. Aktuell kommt der Zweitplatzierte Mauricio Macri nur auf rund 20 Prozent der Stimmen, die nicht genügen würden, um Cristina Fernández gefährlich zu werden.

Experten sagen, Cristina Fernández würde in einem zweiten Wahlgang mit nur noch einem Gegenkandidaten Schwierigkeiten bekommen, und erwarten, dass sie alles daran setzen wird, ihren Erfolg in der ersten Runde sicherzustellen. Vor allem am linken Rand der argentinischen Wählerschaft werde sie dazu auf Stimmenfang gehen. Die Unterstützung des als links geltenden Kandidaten Martín Sabatella für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires gegen den einst eng verbundenen peronistischen Amtsinhaber Daniel Scioli sowie eine verstärkt „antiimperialistische“ Haltung des argentinischen Außenministers in einem eigentlich kaum bedeutenden Streitfall mit den USA scheinen in diese Richtung zu deuten.

Doch ist die Linkstendenz nicht allein wahlkampfaktischen Gründen geschuldet. Nach

dem Tod des Machtpolitikers Néstor Kirchner wurde an den Neubesetzungen und Machtverschiebungen innerhalb der Regierung eine Ideologisierung des „Oficialismo“ ablesbar. Verstärkt wird zudem versucht, Aktivisten der „Cámpora“ in Schlüsselstellungen der Wirtschaft und Verwaltung zu schleusen.

Innerhalb des traditionellen Peronismus, von dem ein Teil die Präsidentin in den vergangenen Jahren unterstützt hat und ein anderer Teil als „Peronismo Federal“ in die Opposition abgewandert ist, wird diese Entwicklung mit Sorge beobachtet. Dass die wahltaktischen Manöver des Regierungslagers nicht allein die Wahlaussichten des amtierenden Gouverneurs der Provinz Buenos Aires schmälern, sondern auch die Chancen der Bürgermeister im Großraum um die Stadt Buenos Aires beeinträchtigen, könnte für die Präsidentin, sollte es doch noch zu einer starken Gegenkandidatur aus dem Peronismus kommen, zu einem schwerwiegenden Problem werden. Die selbstbewussten „Intendentes“ gelten seit jeher als bedeutende peronistische Machtquelle.

Schwächen zeigt der „Oficialismo“ auch insoweit, als sich die Nähe zur Zentralgewerkschaft CGT und ihrem Führer Hugo Moyano zunehmend als Belastung erweist. Während die Gewerkschaft offen die Beteiligung an einer künftigen Regierung – zum Beispiel das Amt des Vizepräsidenten – fordert, wächst in der Bevölkerung die Abneigung gegenüber den allzu mächtigen Gewerkschaftsfunktionären, die ohne viel Federlesen ihre Drohung wahr machen und das Land über Nacht vollständig lahm legen.

Politikberatungsagenturen sagen, dass die Argentinier sich durchaus mit einem Politikwechsel anfreunden könnten. Vor allem wünscht man einen weniger konfrontativen Stil und mehr Dialogbereitschaft. Allerdings gibt es zurzeit niemanden der diese generelle Wechselstimmung auffangen und repräsentieren könnte.

Das oppositionelle Lager

Die Stärke der Regierung liegt derzeit nicht zuletzt in der Schwäche des oppositionellen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

DR. BERND LÖHMANN

20. April 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Lagers. Noch ist es keiner der sehr unterschiedlich ausgerichteten Oppositionsparteien gelungen, einen Kandidaten so in Stellung zu bringen, dass er bereits heute als eine überzeugende Alternative zur gegenwärtigen Präsidentin dasteht. Dabei leidet die Kandidatenkür in einigen Parteien darunter, dass es keinen für alle verpflichtenden parteiinternen Nominierungsprozess gibt, sondern die Bewerber nach taktischen Erwägungen entscheiden, ob sie etwa an den Vorwahlen innerhalb der Parteien teilnehmen oder nicht. Teilweise wurden die bereits terminierten „Internas partidarias“ abgesagt, in einem anderen Fall wurden sie begonnen, aber mitten im Wahlprozess abgebrochen.

Nach dem Verzicht von Julio Cobos, der lange Zeit als einer der vielversprechendsten Aspiranten auf das Präsidentschaftsamt galt, sind von der altehrwürdigen und eher sozialdemokratisch orientierten Unión Cívica Radical (UCR) nur noch zwei Bewerber übrig geblieben: Ricardo Alfonsín, Sohn des ehemaligen Präsidenten Raúl Alfonsín, und Ernesto Sanz, ein geschickter und intelligenter Parteipolitiker, der allerdings landesweit bisher nur über einen ausgesprochen niedrigen Bekanntheitsgrad verfügt. Für den „Proyecto Sur“, ein Wahlbündnis mit sozialistischem Einschlag, hat sich der Regisseur und Dokumentarfilmer Fernando „Pino“ Solanas aufstellen lassen. Die resolute Elisa Carrió, Zweitplatzierte nach Cristina Fernández im Präsidentschaftswahlkampf 2007, ist Kandidatin der Mitte-Links-Partei „Coalición Cívica“.

Im Mitte-Rechts-Spektrum hat sich der Bürgermeister der autonomen Stadt Buenos Aires („Jefe de Gobierno“) und Führer der Partei Pro (Propuesta Republicana), Mauricio Macri, für die Präsidentschaft beworben. Zwar kann er auf die besten Umfragewerte unter den Oppositionskandidaten bauen, doch ist seine junge Partei im Landesinneren noch vergleichsweise schwach verankert und kann zur Mobilisierung der Wählerschaft wenig beitragen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass im Juli in der Stadt Buenos Aires Wahlen anstehen, die, sollten sie nicht die gewünschten Erfolge bringen, den Präsidentschaftswahlkampf Macris belasten

könnten. Für einen Nachfolgekandidaten aus seiner Partei für das Bürgermeisteramt hat sich Macri noch nicht entschieden. Einige Parteimitglieder drängen ihn, in der Hauptstadt zu bleiben, um wenigstens dort einem halbwegs gesicherten Erfolg entgegenzusehen zu können.

Im „Peronismo Federal“ hatten in den vergangenen Wochen interne Vorwahlen zwischen den Kandidaten Eduardo Duhalde, Expräsident von Argentinien, und Alberto Rodríguez Saá, Gouverneur der Provinz San Luis, begonnen. Doch geriet man in den zurückliegenden Tagen in Streit miteinander, so dass die „Internas partidarias“ abgebrochen und vollends zur Farce wurden. Ohnehin hatten sie eine deutlich reduzierte Bedeutung. Ein dritter Bewerber – Felipe Solá, ehemaliger Gouverneur der Provinz Buenos Aires und aktueller Chef des Blocks „Peronismo Federal“ im Abgeordnetenhaus – hatte von vorneherein die Teilnahme abgelehnt. Bis zur Stunde halten alle drei Politiker ihre Bewerbung um das Präsidentschaftsamt aufrecht. Das größte politische Gewicht bringt gewiss Eduardo Duhalde mit, doch ist fraglich, ob ihn das in der Wählergunst weit voranbringen kann. Der agile Machtmensch gilt in den Augen vieler als durch Affären belastet, so dass er gegen ein relativ feststehendes Negativimage anzukämpfen hat.

Nachdem Daniel Scioli, peronistischer Gouverneur der Provinz Buenos Aires und einst Vizepräsident unter Néstor Kirchner, am Jahresanfang mit einer „präsidentiell“ anmutenden Wahlkampagne offenbar den Unmut der „Casa Rosada“ auf sich gezogen hatte, ist es um ihn ruhig geworden. Mit ihm ist wohl nur zu rechnen, sollte sich die Präsidentin doch nicht zur Kandidatur entschließen. Senator Carlos Reutemann, der stets betont hat, nicht Präsidentschaftsbewerber zu sein, ist neuerdings wieder im Gespräch. Seine Person könnte für den teilweise unzufriedenen traditionellen Peronismus, aber auch darüber hinaus integrierend wirken.

Angesichts der gegenwärtigen Übermacht der Präsidentin haben sich die Kontakte zwischen den Protagonisten der verschiedenen oppositionellen Kräfte in der letzten Zeit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

DR. BERND LÖHMANN

20. April 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

intensiviert. Ziel der Verhandlungen sind mögliche Wahlbündnisse. So wird beispielsweise über ein „acuerdo amplio“ diskutiert, der eine möglichst breite und Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweggehende Allianz vorsieht. PRO, Teile des „Peronismo Federal“ und der UCR mit ihren Führungspersönlichkeiten Macri, Duhalde, Solá, Sanz und Cobos haben Bereitschaft zu einer solchen Kooperation erkennen lassen. Solange die Kernfrage nach dem Präsidentschaftskandidaten aber ungeklärt bleibt, sind die generellen Willensbekundungen freilich nicht viel wert.

Konkreter erscheinen die Überlegungen über ein „acuerdo cortado“ zwischen den links- und linksgemäßigten Parteien UCR, „Socialismo“, Proyecto Sur und GEN. Für diesen Fall wäre – Alfonsín: Präsident; Hermes Binner, gegenwärtig Gouverneur der Provinz Santa Fe: Vizepräsident – ein mögliches Gespann. Denkbar wäre aber auch ein Linksbündnis ohne die UCR. Alles hängt auch hier von der Lösung der Kandidatenfrage ab.

Die umfangreich diskutierten Zusammenschlüsse und Personalkonstellationen bergen die Gefahr verschärfter parteiinterner Auseinandersetzungen. Sogar Parteispaltungen sind zu befürchten. So richtig es zur Bewahrung einer realen Machtoption erscheint, im Präsidentschaftswahlkampf nach neuen Bündnissen zu suchen, so sehr verfestigt die erneut wachsende Unübersichtlichkeit der Lage das Bild eines orientierungslos erscheinenden oppositionellen Lagers. Ein wirkliches Alternativangebot für den Wähler ist nicht in Sicht. Insofern wird begreiflich, worin die Stärke der Präsidentin liegt: Bei Cristina Fernández meint die Wählerschaft – trotz aller fortbestehenden Kritik – wenigstens zu wissen, worauf sie sich einlässt.

Der argentinische Kongress

Die Wahlen zur teilweisen Erneuerung des argentinischen Kongresses vom Juni 2009 brachten das Ende der präsidentialen Mehrheiten in beiden Kammern. Im Senat kam es zu einer Pattsituation; im Abgeordnetenhaus erhielt das Oppositionslager eine klare

Mehrheit, wobei die ihm angehörenden Gruppierungen sehr verschiedene politische Richtungen vertreten. Schon deshalb gestaltete sich ein abgestimmtes Vorgehen schwierig. Nicht immer gelang es der Opposition, ihre Reihen zu schließen. Wohl nicht ohne Einflussnahme von Regierungsseite sind Oppositionsabgeordnete in entscheidenden Sitzungen nicht erschienen und haben Abstimmungserfolge verhindert. Keines der von der Opposition betriebenen großen Gesetzesprojekte – zum Beispiel die Abschaffung oder Einschränkung der so genannten „Superpoderes“ (Sonderrechte der Präsidentin in Wirtschafts- und Finanzfragen) – konnte sich bislang vollständig durchsetzen.

Im Kongress ging die scharfe Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den oppositionellen Kräften nach der hiesigen Sommerpause am 1. März ungemindert weiter. Mit den Debatten über den Haushalt 2011 hatten sie einen neuen und unrühmlichen Höhepunkt erreicht. Nicht nur, dass die Präsidentin seit dem laufenden Jahr mit einem nicht vom Parlament verabschiedeten Haushalt regiert, sie hat sich in der Zwischenzeit auch eine erhebliche Erhöhung des Etats zugebilligt, die – im Wahljahr 2011 – unter anderem zur Deckung zusätzlicher Kosten in der Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden soll.

Die Lage der Pressefreiheit

Der seit einigen Jahren andauernde heftige Konflikt zwischen der argentinischen Regierung und den Medienkonzernen, in deren Händen sich die national bedeutendsten Tageszeitungen „Clarín“ und „LA NACIÓN“ befinden, dauert an. Selbst Fragen der Papierzuteilung stehen zur Debatte. Dem großen, zum Clarín-Konzern gehörenden Internet-Provider Fibertel wurde im vergangenen Jahr kurzfristig die Lizenz entzogen. Ein neues Mediengesetz ist seit vielen Monaten Gegenstand hitziger Kritik.

Vor allem die hinausgezögerten Verfahren in Sachen Mediengesetz und Fibertel lösten 2010 eine Auseinandersetzung der Regierung mit dem Obersten Gerichtshof Argentiniens aus. Wohl vor diesem Hintergrund

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

DR. BERND LÖHMANN

20. April 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

wurden die Geldmittel des Gerichts im Haushaltsantrag für 2011 um 40 Prozent gekürzt.

Mehrfach wurde in den zurückliegenden Wochen die Auslieferung der beiden großen Tageszeitungen durch Demonstranten behindert. Die Bundespolizei griff nicht ein. Die internationale Journalistenorganisation „Sociedad Interamericana de Prensa“ (SIP) sowie die Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) qualifizierten die Vorfälle als schwerwiegenden Angriff auf die Presse- und Informationsfreiheit.

Ausgerechnet der venezolanische Präsident Hugo Chávez ist Ende März mit einem der bedeutendsten Journalistenpreise Argentiniens, dem Preis Rodolfo Walsh, ausgezeichnet worden. Die Universität von La Plata ehrte ihn für seine Verdienste um die Auflösung von Medienmonopolen.

Die wirtschaftliche Lage

Im wirtschaftlichen Bereich hat Argentinien insgesamt gute Zahlen aufzuweisen. Vor allem die enormen Einkünfte aus dem Agrarbereich mit dem in immer neue Höhen steigenden Weltmarktpreis für Soja tragen zu einem Außenhandelsüberschuss bei. Nach unabhängigen Quellen hat das Wirtschaftswachstum Argentiniens 2010 8,5 bis 9,2 Prozent des BIP betragen. Für 2011 wird mit 6,5 Prozent gerechnet.

Besorgniserregend ist dagegen die weiterhin hohe Inflationsrate von 24 bis 27 Prozent jährlich, die seitens der Regierung mit neun bzw. zehn Prozent angegeben wird. Möglicherweise wird die Inflation im laufenden Jahr die 30 Prozentmarke überschreiten. In einem Land, das in der Vergangenheit Hyperinflationen erlebt hat, lösen auch die hohen tatsächlichen Zahlen im ansonsten höchst protestfreudigen Argentinien keine heftigen Reaktionen aus. Eher scheint es so zu sein, dass die Bevölkerung in ihrer Mehrheit das angeheizte Konsumklima zu genießen scheint. Vor allem diejenigen Bevölkerungsgruppen, die an den gewerkschaftlich ausgehandelten, deutlichen Gehaltsanpassungen von bis zu 35 Prozent keinen Anteil haben, leiden aber deutlich unter der Preis-

entwicklung.

Weiterhin meiden Regierungsvertreter, von Inflation zu sprechen. Inzwischen übt die Regierung Druck auf private Wirtschaftsinstitute aus, die eigene Zahlen zur Inflation ermitteln. Unter der Drohung des Lizenzzugs wurden sie kürzlich aufgefordert, ihre Methoden und Indexe zur Preisentwicklung offen zu legen. Die Zahlen der staatlichen Statistikbehörde gelten als manipuliert.

Angesichts eines fortwährenden staatlichen Interventionismus haben sich in jüngster Zeit selbst einige der sonst eher politisch zurückhaltenden Unternehmerverbände für mehr Vorausschaubarkeit der argentinischen Wirtschaftspolitik ausgesprochen. Auch der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Ricardo Lorenzetti, hat verlässlichere wirtschaftliche Rahmenbedingungen angemahnt und dabei unter anderem auf die fehlenden Investitionen und die anhaltend hohe Kapitalflucht aus Argentinien hingewiesen.

Dagegen scheint die Regierung entschlossen, ihren Einfluss auf die private Wirtschaft auszuweiten. Per präsidentieller Notverordnung hob sie in den vergangenen Tagen eine bisher geltende Regelung auf, die staatliche Beteiligungen an privaten Unternehmen einschränkte. Künftig wird es ihr demnach möglich sein, in bestimmten bedeutenden Konzernen wie Clarin, Techint und Petrobras vermehrt Direktoren zu bestellen und ein größeres Stimmgewicht in den Leitungsgremien wahrzunehmen.

Offenbar vor dem Hintergrund, dass das Plus im Außenhandel trotz der Argentinien begünstigenden Weltmarktbedingungen im Agrarbereich rapide abnimmt, hat sich die Regierung kurzfristig entschlossen, die Importe zu bremsen. Dazu wurde die Verpflichtung zur Beibringung von Importlizenzen von 400 auf 600 Waren erweitert. Demnach unterliegen nun auch Autos der Oberklasse den Importbeschränkungen. Es heißt, dass sich rund 10.000 Autos auswärtiger und vor allem deutscher Herkunft im argentinischen Zoll befinden, weil die Händler nicht oder noch nicht über die notwendi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

DR. BERND LÖHMANN

20. April 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

gen Lizenzen verfügen, um Fahrzeuge auszulösen. Voraussetzung zum Import ist, dass die in Argentinien produzierenden auswärtigen Autofirmen mehr in Dollar exportieren als sie importieren. Für BMW, das in Argentinien über keine Fertigungsstätten verfügt, ist diese Möglichkeit nicht gegeben. Ob das Unternehmen gewillt ist, zusätzlich zum Zoll von 35 Prozent eine Ausgleichszahlung für die fehlenden Exporte zu leisten, ist noch unklar. Möglich ist, dass die Marke von einem auf den anderen Tag vom argentinischen Markt zu verschwinden könnte.¹

Im Bereich der Sozialpolitik hatte die Opposition mit der Forderung nach einer umfangreichen Rentenerhöhung die Regierung zeitweilig in die Defensive gedrängt. Angesichts der reichlich vorhandenen Einnahmen und Geldreserven bleibt der Regierung allerdings viel Spielraum, um im Wahljahr 2011 soziale Wohltaten zu verteilen. Wie eine im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung entstandene Studie festgestellt hat, fehlt es gerade in der Umsetzung des Sozialhaushalts an Transparenz. Die überaus pauschalen Geldzuweisungen eröffnen Möglichkeiten zur Klientelpolitik.

Die argentinische Bischofskonferenz bereitet gegenwärtig einen nationalen Kongress zur Katholischen Soziallehre vor, der im Mai dieses Jahres stattfinden wird. Er soll ein weit sichtbares Zeichen setzen, um eine gesamtgesellschaftlich tragfähige und nachhaltige Armutsbekämpfung zu initialisieren. Es ist die erste Konferenz zur Förderung der Katholischen Soziallehre in dieser Größenordnung. Die Kirche verspricht sich mit dieser herausragenden Initiative, wichtige Im-

pulse für die Diskussionen im Wahlkampf und für die politische Programmgestaltung zu geben.

¹ Die Verkäufe von BMW brachen im März um -37.31% ein. Auch Audi und Mercedes Benz, die in den ersten beiden Monaten des Jahres starke Zuwächse in ihren Verkaufszahlen verzeichnen konnten (jeweils 22.44% und 47.54%), mussten aufgrund der Verzögerungen Verkaufsrückgänge hinnehmen (-13.04% und -0.34). Volkswagen profitiert hingegen vom Boom im argentinischen Automobilssektor. Insgesamt wurden die Verkäufe im Vergleich zum Vorjahr 16.3% gesteigert.